



„Ich bin nahe an den Menschen“: Dorothea Henzler, hier auf einer Diskussionsveranstaltung im vergangenen Dezember, bekommt das Amt, das sie sich schon lange gewünscht hat.

Foto: Helmut Frick

LEUTE DER WOCHE

+ Dorothea Henzler, Aufsteigerin, macht seit Jahren in der Schulpolitik eine gute Figur und darf künftig ihre Fähigkeiten an zentraler Stelle der Landesregierung beweisen. Die FDP-Politikerin wird neue hessische Kultusministerin. Ohne ihrer Arbeit vorzugreifen, kann man wohl sagen, dass das für die Schulen vor allem eines bedeutet: Sie werden mehr dürfen, müssen das aber auch wollen.



„Ich habe ein klares Bild von Qualität“

Die designierte Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) über Ehrgeiz und Eigenständigkeit

Frau Henzler, im Lotto haben Sie nicht gewonnen, aber Sie haben ein gutes Los gezogen, denn Sie werden eines der wichtigsten Ministerien im Lande führen. Wann haben Sie begonnen, sich darauf zu freuen?

Das kommt gerade so richtig bei mir an.

Wie schwer ist es, mit dem noch geschäftsführenden Kultusminister Jürgen Banzer einem Mann, mit dem Sie beinahe täglich zu tun hatten, den Sie lange kennen und mit dem Sie durchaus freundlichen Umgang pflegen, den Job wegzunehmen?

Herr Banzer wusste schon in der letzten Legislaturperiode, als Karin Wolff noch im Amt war, dass das Kultusministerium mein Wunschjob ist, wir haben auch öfters darüber gesprochen. Er kann also, was meine Ambitionen angeht, nicht überrascht gewesen sein.

Kein Bedauern für einen, der für seine Partei, die CDU, die Kohlen aus dem Feuer gebohrt hat und dessen politische Zukunft jetzt in den Sternen zu stehen scheint?

Er hat sicherlich im vergangenen Jahr sehr viel mehr Ruhe an die Schulen gebracht, ist mit den Schulen anders umgegangen, als Karin Wolff das gemacht hat. Und was seine politische Zukunft angeht, werden wir die nächste Woche abwarten müssen.

In Hessen, so scheint es, regiert jetzt die FDP. Weder da nicht der Schwanz mit dem Hund?

Die Koalitionsvereinbarung ist eine Zusammenstellung der Programme beider Parteien, der CDU und der FDP. Das gilt insbesondere auch für den Teil Schule. Wenn Sie das Wahlprogramm der CDU lesen, da kommen auch Begriffe wie Eigenverantwortung, Vertrauen und mehr Freiheit für die

Schulen vor. Da waren wir nicht weit auseinander, und ich glaube, das war auch in allen anderen Programmtiteln so. Beide Parteien sind sich programmatisch-inhaltlich relativ ähnlich. Zwar mit teilweise unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, aber im Grundsatz sind wir beieinander. Deshalb wollen wir auch gemeinsam regieren.

Sie sind bekannt als eine Frau, die klare Worte nicht scheut. Kurz vor der Wahl noch hatten Sie dem Kultusminister für Fachkenntnis schlechte Zensuren gegeben. Wo werden die größten Unterschiede zwischen seiner und Ihrer Politik sein?

Die größten Unterschiede liegen darin, dass ich eine ganz klare Vorstellung davon habe, wohin Schulen sich entwickeln können und welche Rahmenbedingungen sie dafür brauchen. Herr Banzer hat alles zugesagt, was er im vergangenen Jahr gefragt worden ist. Das kann es aber nicht sein. Man muss auch ein Bild von Qualität haben. Ich habe zum Beispiel eine ganz klare Vorstellung davon, wie Unterricht ablaufen sollte, dass er Kompetenzen vermittelt, und wie er das tut. Darauf werden wir uns in Zukunft in der Ausbildung und Fortbildung von Lehrern konzentrieren. Ich will Lehrer für Team-Teaching gewinnen und begeistern, es soll bei den Schülerinnen und Schülern sehr stark auf selbständiges Lernen ankommen. Da habe ich genau vor Augen, was Qualität ist, und das habe ich mir auch in Schulen angeeignet.

Helfen Ihnen die Erfahrungen, die Sie als Mutter und als Elternbeirätin gemacht haben und die Sie jetzt als Großmutter machen, bei der schulpolitischen Arbeit?

Das hilft mir mit Sicherheit, denn ich habe Schule damit auch von ei-

ner anderen Seite erfahren und gehe vorbehaltlos an die Sache heran. Ich war Elternbeirätin, meine Tochter ist Grundschullehrerin, und ich erlebe jetzt bei meinen Enkelkindern, was frühkindliche Bildung bedeuten kann. Ich bin ohnehin sehr nahe an den Menschen. Und über meine Familie bekomme ich natürlich auch noch einmal mit, was andere denken.

Eines zentralen Thema für die FDP, und ich glaube auch für Sie persönlich, war die sogenannte Kinderschule, das verpflichtende Vorschuljahr. In den Koalitionsvereinbarungen ist das nicht mehr enthalten. War das der Preis, den die Liberalen für das Kultusministerium haben zahlen müssen?

Nein. Wir haben uns in den Verhandlungen sehr intensiv mit dem Thema befasst und dann festgestellt, dass dieses verpflichtende Vorschuljahr nur über die Schulpflicht zu erreichen ist. Denn nur darüber kann der Staat in die Elternrechte eingreifen.

Die Idee hat also den Praxistest nicht bestanden?

Wir hätten als einziges Bundesland die Schulpflicht für Fünfjährige einführen müssen. In Gesprächen mit Eltern kam heraus, dass die Konsequenzen daraus nicht tragen wollen. Das beginnt mit den Schulferien und geht damit weiter, dass in ländlichen Gebieten die Grundschulen oft nicht wohnortnah sind. Man hätte also Fünfjährige in den Bus setzen müssen, es hätte auch Betreuungsprobleme gegeben. Deshalb haben wir dann gesagt, wir machen stattdessen aus dem letzten Kindergartenjahr ein Schulvorbereitungsjahr. Das zusätzliche Personal und die Ausstattung dafür bezahlt das Land, und das Vorbereitungsjahr bekommt ein eigenes Curriculum und eine eigene Ziel-

setzung. Wir wollen, dass die Kinder nach diesem Jahr bestimmte kognitive Fähigkeiten haben, dass sie alle zum Beispiel mit Stift und Schere umgehen können und, das ist ganz wichtig, sprachlich so weit sind, dass sie vom ersten Tag in der Grundschule an dem Unterricht folgen können. Denn wer schon mit Defiziten in die erste Klasse kommt, holt das nie mehr auf.

Über das „Wie“ kann man streiten, aber dass in der vorschulischen Bildung etwas getan werden muss, ist wohl unstrittig. Wird es unter Ihrer Führung eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Kultusministerium und dem für die Kindertagesstätten zuständigen Sozialministerium geben?

Das Sozialministerium bleibt zuständig für die Kindertagesstätten, eine Veränderung haben wir der CDU nicht abringen können.

Obwohl in diesem Punkt ein neuer Zuschnitt einleuchtend gewesen wäre.

Ja, das wäre auch sinnvoll gewesen in dem Sinne, dass man Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen versteht. Aber jeder Koalitionsvertrag ist ein Kompromiss, so ist das eben. Von mir aus wird es jedenfalls die Bereitschaft zu einer sehr engen Zusammenarbeit geben.

In den Koalitionsvereinbarungen steht, CDU und FDP wollen in den nächsten fünf Jahren 2500 Lehrerstellen schaffen und jeder Schule 10 Prozent Stellen zuweisen. Wo wollen Sie die Pädagogen hernehmen, die ja jetzt schon händeringend gesucht werden?

Wir helfen natürlich das Seiteneinsteigerprogramm weiterzuführen, unter vernünftigen rechtlichen Bedingungen. Außerdem haben die Schulen künftig die Möglichkeit, Geld zu bekommen, solange sie Stellen nicht besetzen können. Da-

mit haben sie unheimlich großen Spielraum.

Wir sind damit beim Thema Eigenständigkeit, auch eines Ihrer Herzensanliegen. Wird es einen echten Paradigmenwechsel geben? Es wird zu einem ganz großen Paradigmenwechsel kommen. Wir werden den Schulen, die es wollen, alle Freiheiten geben, Sachmittel-

hoheit, Personalhoheit. Sie werden, wenn sie die Voraussetzung erfüllen, rechtsfähig werden, wenn sie wollen. Wenn sie es aber nicht wollen, dann müssen sie nicht.

Noch zwei Themen, die gerade sozusagen in der Luft liegen. Zunächst die Zukunft der Gymnasien: Vor einer Woche hat der Vorsitzende des hessischen Philologenverbandes gefordert, Schüler sollten an jedem Gymnasium entweder in acht oder neuen Jahren zum Abitur geführt werden können.

Wir werden an den Gymnasien G8 belassen und werden versuchen, es weiter zu verbessern. Die kooperativen Gesamtschulen können weiterhin wählen, ob sie G8 oder G9 wollen.

Für die Gymnasien also keine Wahlfreiheit und auch nicht G8 und G9 unter einem Dach?

Nein.

Wird unter Ihrer Ägide die Hauptschule als Schulform noch bestehen bleiben?

Es wird weiterhin den Bildungsgang Hauptschule geben. Wir werden aber den Schulen freistellen, wie sie den Unterricht organisieren. Verbundene Haupt- und Realschulen können, wenn sie wollen, die Schüler zunächst gemeinsam und später nach Abschlüssen getrennt unterrichten. Auch das gehört zum Thema Eigenständigkeit. Die drei verschiedenen Abschlüsse bleiben auf jeden Fall erhalten.

Die Fragen stellte Jacqueline Vogt.